

Die Bilder sind noch in frischer Erinnerung: der polnische und der israelische Staatspräsident und der deutsche Bundespräsident zusammen vor dem Ehrenmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstands vom April 1943, alle mit einer stilisierten Narzisse am Revers als Zeichen der Einigkeit im Gedenken. Nur wenige Wochen später wird klar, wie brüchig, ja wie illusorisch die Vorstellung ist, es gäbe nach 80 Jahren tatsächlich schon so etwas wie eine gemeinsame, in den drei Ländern geteilte Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Anlass dieser ernüchternden Erkenntnisse sind Bestrebungen der polnischen Regierung, eine Forscherin mundtot zu machen, die einige geschichtliche Wahrheiten ins Gedächtnis gerufen hat.

Barbara Engelking ist eine international hoch anerkannte polnische Soziologin, die an der Polnischen Akademie der Wissenschaften ein Zentrum für Holocaust-Forschung gegründet und seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Reihe bedeutender Untersuchungen zum Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Polen unter deutscher Besatzung vorgelegt hat. Zum diesjährigen Gedenktag hat sie fürs Polin, das Museum für die Geschichte der polnischen Juden, eine eindrucksvolle Sonderausstellung konzipiert. Deren Augenmerk gilt dem Überlebenswillen der etwa 50 000 Männer, Frauen und Kinder, die von den im Warschauer Ghetto einst zusammengepferchten mehr als 450 000 Menschen zuletzt noch übrig waren und in einem Labyrinth unterirdischer Bunker dem Tod zu entgehen suchten; über Waffen verfügten nur die etwa 1000 Kämpferinnen und Kämpfer.

Am Rande der Gedenkfeierlichkeiten stand Engelking einem TV-Sender Rede und Antwort – und widersprach der vor allem unter nationalkonservativen Polen beliebten Legende, wonach sich die Juden während der deutschen Besatzung auf ihre nichtjüdischen Nachbarn verlassen konnten. Jene Polen, die Juden geholfen hätten, so die Forscherin, seien Helden. Aber davon habe es nur wenige gegeben.

Für Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, selbst ausgebildeter Historiker, war das schon zu viel der historisch-kritischen Aufklärung: Die „Person“ habe ein skandalöses, „anti-polnisches Narrativ“ verbreitet und all jene beleidigt, die unter der grausamen Besatzungsherrschaft leben mussten. Przemysław Czarnek, sein als ultrakonservativ bekannter Minister für Erziehung und Wissenschaft, legte nach: Er werde das Akademieinstitut für Philosophie und Soziologie, an dem Engelking forscht, finanziell nicht weiter ausstatten, solange dort Leute beschäftigt seien, „die die Polen verleumdete“.

Rückwärts

Populisten und Nationalisten pflegen oft ihre eigene Geschichtsschreibung und dämonisieren kritische Forscher.

Das zeigt der Fall Engelking in Polen

Von Norbert Frei

Erfreulicherweise stießen die Drohungen aus den Reihen der PiS, die damit wohl auch schon Punkte für die Parlamentswahl im Herbst sammeln will, sofort auf Protest. Mehrere Tausend polnische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen haben sich mit ihrer Kollegin solidarisiert und verweisen auf die in der Verfassung garantierte Freiheit der Forschung; angesichts der radikalen Attacken aus der Regierung sei es Zeit für Einigkeit, „unabhängig von allen sonstigen Differenzen“. Auch aus der internationalen Gemeinde der Holocaust-Forschung kommt Unterstützung: Die Namen zahlreicher Fachleute aus Israel, den USA, Deutschland und anderen Staaten stehen unter einer Resolution, die Engelking nicht nur gegen die Absicht verteidigt, ihren wissenschaftlichen Ruf zu ruinieren, sondern die auch davon spricht, ihren Widersachern gehe es darum, sie samt ihrer Arbeit zu „dämonisieren“.

Wissenschaftler aller Disziplinen setzen sich nun für die Rechte der Soziologin ein

Tatsächlich handelt es sich nicht um den ersten Versuch polnischer Populisten, die Geschichte ihres Landes im Zweiten Weltkrieg gegen jede noch so seriöse Kritik abzuschirmen. Am Mythos der unbefleckten „Märtyrernation“, so bemerkte der Bürgerrechtler Jacek Kuron vor Jahrzehnten, soll um den Preis der Anerkennung des Leidens anderer festgehalten werden. Wer darauf hinweist, dass es unter deutscher Besatzung – wie überall in Europa – auch in Polen Kollaboration gegeben hat und neben Hilfe für Juden auch Mittäterschaft, der muss sich auf heftige Reaktionen einstellen.

Vielleicht am verstörendsten war das bislang in der Debatte um den polnisch-amerikanischen Historiker Jan T. Gross zu sehen, der 2001 ein Buch über das Massaker von Jedwabne veröffentlichte. Einwohner der Kleinstadt nordöstlich von Warschau hatten im Sommer 1941 nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer in

Gegenwart der Deutschen ihre jüdischen Nachbarn ermordet und sich deren Habe bemächtigt. Zum 60. Jahrestag des Pogroms bat der damalige polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski an einem neu errichteten Mahnmal die Angehörigen der mehreren Hundert Opfer förmlich um Vergebung – während die Einheimischen großenteils fernblieben.

Mit dem Ende der Präsidentschaft Kwaśniewskis 2005 und dem Aufstieg der von den Kaczyński-Brüdern gegründeten PiS legte die polnische Politik den geschichtspolitischen Rückwärtsgang ein. Eine 2006 vom Parlament verabschiedete „Lex Gross“ drohte jedem mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren, der die „polnische Nation“ der Teilnahme an kommunistischen oder nationalsozialistischen Verbrechen bezichtigt. Zwar hob das Verfassungsgericht das Gesetz ein Jahr später auf, aber dessen nationalapologetischer Geist wabert weiter. 2018 unterzeichnete Präsident Andrzej Duda das sogenannte Holocaust-Gesetz, das alle mit Strafe bedroht, die Polen Schuld oder Mitschuld an Nazi-Verbrechen anlasten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die neuerliche Attacke auf die Soziologin Barbara Engelking zu erklären, die bereits 2021 zusammen mit dem in Kanada lehrenden Historiker Jan Grabowski wegen ihrer eingehenden Forschungen zum Verdrängen von Juden durch Polen von der regierungsnahen Stiftung „Redoute für den guten Namen“ vor Gericht gezerzt worden war. Damals wie heute geht es den Populisten darum, jede kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte als antipolnische Umtriebe zu stigmatisieren.

Willkommen im Europa der Gegenklärung, acht Jahrzehnte nach dem Holocaust.

